

Point de vue

INFORMATIONSBLETT FÜR DIE EIDGENÖSSISCHEN RÄTE
ZU SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITISCHEN VORLAGEN

SEKUNDÄRANALYSE VON STUDIEN ZUM PERSONALNOTSTAND

Personalbedarf in der Langzeitpflege steigt überproportional

Im Auftrag von CURAVIVA Schweiz hat Dr. Heinz Rügger vom Institut Neumünster unter Mitarbeit von Dr. Werner Widmer zehn Studien zur Personalsituation in der Langzeitpflege ausgewertet. Fazit: Die Politik ist gefordert.



Dr. Werner Widmer, Direktor der Stiftung Diakoniewerk Neumünster und Vorstandsmitglied von CURAVIVA Schweiz. Dr. Heinz Rügger, MAE Fachbereiche Theologie, Ethik Gerontologie, Institut Neumünster (v.l.)

Sie haben insgesamt zehn Berichte zum Thema Personalnotstand in der Langzeitpflege analysiert und miteinander verglichen. In welchen Bereichen decken sich die Inhalte dieser Berichte?

Heinz Rügger: Unbestritten ist die demografische Entwicklung: In den nächsten Jahrzehnten wird die Zahl der Menschen im Alter von 80 und mehr Jahren stark ansteigen. Damit nimmt der Be-

darf an pflegerischen Dienstleistungen zu. Gleichzeitig wird die Zahl der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter stagnieren und die Zahl der Volksschulabgänger sogar zurückgehen. Es wird mehr Plätze in Pflegeheimen und einen Ausbau der Spitex brauchen. Ungewiss bleibt der genaue Umfang dieses zusätzlichen Pflegebedarfs. Die verschiedenen Studien ergeben ein uneinheitliches Bild.

Wie ist die prognostizierte Bedarfssteigerung pflegerischer Dienstleistungen in den Pflegeheimen zu beurteilen?

Werner Widmer: Von 2008 bis 2020 prognostiziert das Bundesamt für Statistik eine Zunahme der Bevölkerung von 80 und mehr Jahren um 34,4 Prozent. Von 2000 bis 2008 nahm der Bedarf an pflegerischen Dienstleistungen in Form von Pfl egetagen in Heimen nur um 36,5 Prozent so stark zu wie die Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren. Wenn das Verhältnis dieser beiden Wachstumsraten gleich bleibt, werden 2020 12,6 Prozent mehr Pfl egetage benötigt als 2008. Falls sich das Verhältnis von Stellen zu Betten nicht ändert, können wir die gleiche Zunahme für die Pflegepersonalstellen prognostizieren.

Mit einem Wachstum von 12,6 Prozent kommt man für die Zeit von 2008 bis 2020 auf eine Prognose von 6169 zusätzliche Vollzeitstellen oder 8820 zusätzlich auszubildende Pflegefachpersonen. Das sind 735 Abschlüsse mehr pro Jahr als bei der heutigen Anzahl Pfl egetage.

Fortsetzung auf Seite 2 ►



Werner Schärer
Direktor
PRO SENECTUTE
Schweiz

Armut im Blickpunkt

Unser Land scheint die unmittelbaren Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise einigermassen glimpflich überstanden zu haben. Es lässt sich jedoch nicht behaupten, dass diese Krise bereits beendet wäre. Die längerfristigen Auswirkungen – beispielsweise durch die zur Bewältigung notwendige Verschuldung vieler Staaten – sind heute noch kaum zu überblicken.

Als Konsequenz der Krise deuten einige Zeichen auf eine Aufweichung sozialer Standards hin, die zunehmende Verarmung nach sich ziehen könnte. Deshalb ist das «Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung» genau richtig gekommen, weil es den Blick auf die in prekären Verhältnissen lebenden Menschen lenkt.

Solche Menschen gibt es auch in der Schweiz – und in allen Altersgruppen. PRO SENECTUTE Schweiz hat anhand der im vergangenen Jahr veröffentlichten Studie «Leben mit wenig Spielraum. Altersarmut in der Schweiz» deutlich gemacht, dass trotz mancher sozialstaatlichen Fortschritte Armut im Alter noch keineswegs überwunden ist.

Der Bundesrat hat im Frühjahr seine Strategie zur Armutsbekämpfung verabschiedet und für den kommenden 9. November 2010 die Möglichkeit geschaffen, in einer nationalen Armutskonferenz die Debatte über nachhaltige Sozialpolitik zu lancieren. Sie soll dazu beitragen, den Fokus auf die Vermeidung von Armut zu legen, ganz nach dem Motto «Vorbeugen ist besser als heilen». ■

Werner Schärer

► Fortsetzung von Seite 1

Diese Zahl ist eher zu hoch, weil sie davon ausgeht, dass alle zusätzlichen Stellen mit ausgebildetem Personal besetzt werden – was heute ja nicht der Fall ist.

Wie ist das prognostizierte Personaldefizit beim Angebot pflegerischer Dienstleistungen zu beurteilen?

Heinz Rüegger: Der Bedarf an zusätzlichen Pflegestellen wird zu 90 Prozent in Heimen und Spitex prognostiziert und nur zu 10 Prozent in Spitälern. Es gilt aber nicht nur, diese zusätzlichen Stellen zu besetzen, sondern auch alle heute vorhandenen Stellen, die in den kommenden Jahrzehnten infolge Pensionierungen und Ausstiegen aus dem Pflegeberuf vakant werden. Laut Gesundheitsobservatorium gehen zwischen 2006 und 2010 rund 30 Prozent des Personalbestandes in Pension (14 Jahre entsprechen rund 30 Prozent eines Berufslebens). Daraus ergibt sich ein Ausbildungsbedarf von 1500 Personen pro Jahr. Zusätzlicher Ausbildungsbedarf entsteht aber vor allem in Bezug auf das Ausmass vorzeitiger Ausstiege aus dem Pflegeberuf. Wenn pro Jahr 8 Prozent der Pflegenden in den Heimen ihren Beruf vorzeitig aufgeben,

ergibt sich dadurch ein Ausbildungsbedarf von 5600 Personen pro Jahr – weit mehr als infolge der demografischen Entwicklung und der Pensionierungen.

Welche Massnahmen können dazu beitragen, einen künftigen Personalnotstand in der Langzeitpflege zu verhindern oder zumindest einzuschränken?

Heinz Rüegger: Die analysierten Dokumente stimmen weitgehend darin überein, welche Massnahmen ergriffen werden sollten. Dazu gehören beispielsweise Massnahmen zur Verringerung des Pflegepersonalbedarfs und die vermehrte Gewinnung von Quer- und Wiedereinsteigenden. Auch ist die Pflege hochbetagter Menschen als anspruchsvolle und sinnvolle Arbeit darzustellen und entsprechend zu entlohnen.

Werner Widmer: Wir müssen zusätzliche Ausbildungsplätze für Fachangestellte Gesundheit anbieten. Es gibt viel mehr Interessierte für diese Ausbildung als Ausbildungsplätze. Hier sind Pflegeheime, Spitäler und Spitex-Organisationen gefordert, und die Politik muss sie bei der Finanzierung des Ausbildungsaufwandes unterstützen. ■

Interview: Dominik Lehmann

FINANZIERUNG DER HÖHEREN BERUFSBILDUNG

Der Entwurf der interkantonalen Fachschulvereinbarung birgt Gefahren

Die neue Vereinbarung bringt für die Lehrgänge Gesundheit und Soziales neben Vorteilen, z.B. der Freizügigkeit für Studierende, eine gefährliche finanzielle Verschlechterung.

Der vorliegende Vorschlag enthält Verbesserungen: So sollen die Studierenden nun frei wählen können, wo sie die Ausbildung absolvieren möchten. Neu sollen für alle Branchen die Ausbildungsbeiträge auf 50-60 Prozent beschränkt werden. Für den Bereich Gesundheit und Soziales würde dies eine Verschlechterung bedeuten. Im Gegensatz zu heute, wo die Lehrgänge zu 80-100 Prozent subventioniert werden, hätte der Vorschlag bedeutend höhere Schulgelder zur Folge.

Während der Ausbildung erhalten die Studierenden in diesen Bereichen in der Regel nur einen Ausbildungslohn, da die Ausbildung nicht neben einer Berufstätig-

keit absolviert werden kann. Die massiv höheren Schulgebühren wären für viele nicht verkraftbar. Die Hürden für Ausbildungswillige im Gesundheits- und Sozialbereich jetzt, da ein grosser Personalnotstand prognostiziert wird, zu erhöhen, ist kontraproduktiv. Höhere Ansätze sind bei der Finanzierung für die Lehrgänge der beiden Branchen nicht nur gerechtfertigt, sondern unbedingt notwendig. ■



Monika Weder,
Leiterin Geschäftsbereich Bildung,
CURAVIVA Schweiz

Unnötige Erhöhung der Gesundheitskosten

Das Parlament arbeitet an der Ausdehnung der Mehrwertsteuer auf das Gesundheitswesen und den sozialen Bereich.

In einer Zeit, in der der Bund einen voraussichtlichen Überschuss von 600 Millionen für das Jahr 2010 bekannt gibt, soll sich die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats damit beschäftigen, die Mehrwertsteuerpflicht auf verschiedene Bereiche auszudehnen, darunter das Gesundheitswesen und den sozialen Bereich. Der Bundesrat hält an seiner Idee fest, die schon vor zwei Jahren auf eine breite Ablehnung gestossen ist. CURAVIVA Schweiz widersetzt sich weiterhin diesem Projekt, das zu einer Erhöhung der Gesundheits-

kosten von fast einer Milliarde führen, grösstenteils zu Lasten der Haushalte gehen und die administrative Arbeit der Heime unnütz erschweren würde. Selbst in der EU untersteht das Gesundheitswesen nicht der Mehrwertsteuer. ■



Dr. Markus Leser,
Leiter Fachbereich
Menschen im Alter,
CURAVIVA Schweiz

Organisierte Suizidbeihilfe

Dem Leben Sorge tragen und den freien Willen respektieren

CURAVIVA Schweiz begrüsst die Stellungnahme von Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf zur Suizidbeihilfe. Die Forderung, dass Regeln unter Respektierung der geltenden Rechtsgrundlagen nötig sind, und die Meinung, neue Regeln auf die Missbrauchsbekämpfung zu beschränken, sind gehört worden. Das bedeutet, «die Suizidhilfe nicht nur für unmittelbar vom Tod bedrohte, schwer kranke Personen zuzulassen» – wie die Justizministerin ausführte. Sie berücksichtigt, dass ein Verbot der Sterbehilfeorganisationen sowie die Bedingung von zwei Arzteugnissen für eine Mehrheit keine tauglichen Mittel darstellen. Zu begrüssen ist ihre Absicht, bei der Neuformulierung der Bedingungen Experten beizuziehen.

CURAVIVA Schweiz plant, die Arbeit der Expertengruppe «Suizidwunsch» zu vertiefen. Der Rolle der Lebensqualität soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Für die Mitglieder von CURAVIVA Schweiz sind verbindliche Orientierungshilfen zu Fragen über Leben und Tod zentral, da sie aus ethischen und rechtlichen Gründen der Gesellschaft Rechenschaft über alle ihre Tätigkeiten schuldig sind. Deshalb ist es die Aufgabe von CURAVIVA Schweiz, die Regeln auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene so mitzugestalten, dass sie transparent, landesweit kompatibel und im Sinne der betroffenen Menschen sind. ■

Weitere Informationen:

www.curaviva.ch

(unter Informationen/ Dossiers)

oder s.sutter@curaviva.ch.



Stefan Sutter,
Leiter Fachbereich
Erwachsene
Menschen mit
Behinderung,
CURAVIVA Schweiz

GESETZ ZUR PRÄVENTION UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Gesundheitsförderung effektiv fördern

Ältere Menschen, insbesondere diejenigen, die in ihrem eigenen Zuhause leben, profitieren nicht genug von den Massnahmen zur Prävention und zur Gesundheitsförderung. Dies hat eine Studie ergeben.

Gemäss der Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) wurde die Hälfte der befragten älteren Personen nicht gegen Grippe geimpft. Zudem profitierten Frauen weniger als Männer von gewissen Untersuchungen. Es ist deshalb höchste Zeit, effiziente Programme zur Gesundheitsförderung zu entwickeln, die es der immer älter werdenden Bevölkerung erlauben, die Anzahl gesunder Lebensjahre zu erhöhen. Aus diesem Grund unterstützt CURAVIVA Schweiz den Gesetzesentwurf zur Prävention und Gesundheits-

förderung und stellt dieses Thema zusammen mit PRO SENECTUTE Schweiz in den Mittelpunkt des nächsten Treffens der Parlamentarischen Gruppe für Altersfragen vom 21. September 2010. ■



Lionel Ricou,
Ressortleiter Politik
im Fachbereich Alter,
CURAVIVA Schweiz

Die Parlamentarische Gruppe für Altersfragen lädt ein

Prävention und Gesundheitsförderung zugunsten von Menschen im Alter: Das ist das Thema des nächsten Treffens der Parlamentarischen Gruppe für Altersfragen, zu dem CURAVIVA Schweiz und PRO SENECTUTE Schweiz alle interessierten Parlamentarierinnen und Parlamentarier ganz herzlich einladen!

Dienstag, 21. September 2010, 12.30 – 14.30 Uhr
Kulturcasino, Salon Rose, Herrengasse 25, Bern

Wie kann Armut vermieden werden?

Armut gibt es auch in der wohlhabenden Schweiz. Deshalb hat der Bundesrat im Frühjahr seine Strategie zur Bekämpfung von Armut vorgelegt: ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen.

In der interessierten Öffentlichkeit wie auch in der Welt der Politik hat bislang kaum Beachtung gefunden, dass wir uns mitten im «Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung» befinden. Das Thema ist wenig präsent, obwohl der Bundesrat Ende März dieses Jahres ein umfangreiches Strategiepapier dazu veröffentlicht hat. Dazu mag beigetragen haben, dass die direkten Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf unser Land durch den Einsatz umfangreicher Mittel abgedeckt werden konnten. Andere europäische Staaten, die über weniger Ressourcen verfügen, sehen sich mit einer Zunahme von Armut und wachsenden sozialen Spannungen konfrontiert.

Trotz dieser guten Botschaft für die Schweiz bleibt die Tatsache bestehen, dass sich auch hierzulande der Abstand zwischen Reich und Arm vergrössert und ein Auseinanderdriften der Gesellschaft droht. Selbst dort, wo die Institutionen des Sozialstaats gut ausgebaut sind, wie dies beispielsweise für den Bereich der Altersvorsorge gilt, tun sich gravierende Lücken auf, die zu prekären Lebensverhältnissen führen können. Dies hat PRO SENECTUTE Schweiz durch die 2009 veröffentlichte Studie «Leben mit wenig Spielraum. Altersarmut in der Schweiz» belegt.

Im Mittelpunkt der in dieser Studie vorgeschlagenen Massnahmen steht die Stär-

kung des Systems der Ergänzungsleistungen als ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von Altersarmut. Unsere Studie weist darauf hin, dass dieses System unter Druck steht und Verbesserungen benötigt. Dies betrifft insbesondere die anrechenbaren Wohnkosten, bei denen seit 2001 keine Anpassung mehr erfolgt ist, obwohl die Durchschnittsmieten gemäss Mietzinsindex seither um mehr als 20 Prozent gestiegen sind.

Die Verteidigung der Ergänzungsleistungen erfolgt nicht aus «altersegoistischen» Gründen – denn dieses Konzept könnte auch in anderen Lebenssituationen, in denen Verarmung droht, zur Anwendung kommen.

Die nationale Armutskonferenz am 9. November 2010 sollte die Frage ins Zentrum rücken, welche sozialstaatlichen Massnahmen notwendig sind, um Armut nicht nur zu bekämpfen, sondern nachhaltig zu vermeiden. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens in der Schweiz. ■



Kurt Seifert,
Bereichsleiter
Forschung &
Grundlagenarbeit,
PRO SENECTUTE
Schweiz

IMPRESSUM

Point de vue liefert den eidgenössischen Räten Hintergrundinformationen zu aktuellen politischen Geschäften.

Datum: 1. September 2010

Herausgeber: CURAVIVA vertritt die Interessen von 2100 Institutionen in den drei Bereichen Menschen im Alter, Erwachsene Menschen mit Behinderung und Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen.

PRO SENECTUTE Schweiz ist das Kompetenz- und Dienstleistungszentrum in den Bereichen Alter, Altern und Generationenbeziehungen.

Die Stiftung setzt sich für das Wohl, die Würde und die Rechte älterer Menschen in der Schweiz ein.

Adressen: CURAVIVA Schweiz, 3007 Bern, 031 385 33 33, info@curaviva.ch, www.curaviva.ch

PRO SENECTUTE Schweiz, 8027 Zürich, 044 283 89 89, info@pro-senectute.ch, www.pro-senectute.ch

Redaktion: Dominik Lehmann, CURAVIVA Schweiz

Gestaltung: Schneider Communications AG

Druck: Stämpfli Publikationen AG, Bern

Auflage: Deutsch 1600, Französisch 800

Mehr Kohärenz!



Markus Eisenring

Unter dem Titel «Herausforderung Sucht» haben Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Kommissionen für Alkoholfragen, Drogenfragen und Tabakprävention kürzlich ein Leitbild mit zehn Leitsätzen für einen neuen, zukunftsfähigen Politikansatz in der Suchtpolitik veröffentlicht – und sind damit in ein Wespennest getreten.

Der Fachbereich Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen von CURAVIVA Schweiz unterstützt das neue Leitbild und wünscht eine ernsthafte Diskussion darüber. Wir erachten eine nach Substanzen aufgesplittete Suchtpolitik, wie sie sich auch in den drei erwähnten Kommissionen abbildet, als so wenig sinnvoll wie eine Differenzierung nach Legalstatus. Es gibt keine guten oder schlechten Drogen. Es gibt einzig Stoffe, die unterschiedliche psychische und somatische Wirkungen hervorrufen. Eine Politik, welche die einen Drogen verbietet, während andere, nicht weniger schädliche Drogen intensiv beworben und vermarktet werden können, ist im Ansatz ungläubwürdig und verunmöglicht wirksame Präventionsmassnahmen weitgehend.

Wir plädieren nicht für eine Übergabe der bisher illegalen Drogen an den freien Markt, sondern für eine nach gesundheitlichen und sozialen Risiken abgestufte Regulierung in Bezug auf alle Drogen – d.h. für eine kohärente Suchtpolitik. ■

Markus Eisenring, Leiter Fachbereich Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen, CURAVIVA Schweiz